

Peter Boudgoust

„Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Welt“

*Festrede beim gemeinsamen Neujahrsempfang der HWK und IHK Reutlingen,
Reutlingen, Listhalle
am 23.01.2009, 16.00 Uhr*

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Möhrle,
sehr geehrter Herr Reiff,
meine Damen und Herren,

ich bin nicht der Typ, der sich ärgert, wenn er in den Spiegel schaut. Außer am 12. Januar: Der Grund war kein plötzlicher Anfall von Eitelkeit, nein, es war der gedruckte SPIEGEL, das Nachrichtenmagazin, der mich – sagen wir zumindest – „sehr verwunderte“.

Normalerweise schätze ich das Magazin für seine gut recherchierten Artikel. Die Journalisten haben in den vergangenen Jahrzehnten einige Skandale aufgedeckt und damit auch viel zur Entwicklung unserer demokratischen Kultur beigetragen. Und auch wer als Leser politisch anderer Ansicht ist, kann doch anerkennen: Handwerklich ist das guter Journalismus.

Am 12. Januar kamen mir in diesem Punkt Zweifel. Grund war eine kleine Meldung mit der Überschrift – Zitat: „ARD-Anstalten mit hohen Überschüssen“. Und in der Meldung zeigte sich der Autor verwundert darüber, dass die Rundfunkgebühr zum Jahreswechsel um 95 Cent pro Monat angestiegen war – wo doch die ARD-Landesrundfunkanstalten, also Südwestrundfunk, Bayerischer Rundfunk usw. – Zitat – „kräftige Überschüsse“ erwarteten. Allein der SWR schließe den Abrechnungszeitraum 2005 bis 2008 mit einem Überschuss von sage und schreibe 195 Millionen Euro ab. Da wird sich der geneigte Leser gedacht haben: Moment, die machen solche Gewinne und wollen trotzdem mehr Geld? Sollen sie doch erst mal ihre Gewinne verwenden! Und wer als mittelständischer Unternehmer in der aktuellen Finanzkrise nicht weiß, wie er die nächsten Jahre überstehen soll, für den müssen solche Zahlen wie Hohn klingen.

Aber nur, weil er nicht die ganze Wahrheit kennt: Ja, die ARD-Anstalten machen Überschüsse. Und das ist gut so: Denn die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, die sogenannte KEF, die die Rundfunkgebühren festlegt, achtet ganz genau auf solche Überschüsse. Ich war bis vor zwei Jahren Verwaltungsdirektor des SWR und damit für die Finanzen verantwortlich. Deshalb weiß ich: Geld, das wir nicht ausgeben, wird uns bei der nächsten Gebührenrunde abgezogen. Überschüsse sorgen

also dafür, dass die Rundfunkgebühr weniger stark steigt. Die KEF hat es ausgerechnet: Ohne das sparsame Haushalten der Landesrundfunkanstalten hätte die Gebühr statt um 95 Cent um 1,26 Euro angehoben werden müssen.

Und Sie als Verantwortliche von Handwerks- oder Wirtschaftsbetrieben wissen: Jeder Unternehmer handelt nach Möglichkeit so, dass am Ende des Jahres etwas übrig bleibt. So ist es auch bei uns: Wir wissen ja nicht, welche besonderen Ereignisse auf uns zukommen.

Ein Beispiel: Der 11. September 2001 war ein schrecklicher Tag. Die Terroranschläge in den USA forderten unzählige Todesopfer – und die langfristigen Folgen überschatten selbst heute noch die Amtszeit des frisch eingeführten US-Präsidenten Obama. Der 11. September des Jahres 2001 hatte aber auch zur Folge, dass es wochenlang kein anderes Thema in den Nachrichten gab. Zusätzliche Korrespondenten wurden nach New York und Washington entsandt, später nach Afghanistan, und für ihre Beiträge mussten Übertragungszeiten auf Satellitenleitungen gebucht werden – das alles kostet eine Menge Geld – wohlgemerkt ohne dass die Einnahmen stiegen. Denn während die Zeitungen in solchen Phasen deutlich mehr Exemplare verkaufen, erhalten ARD und ZDF ja nicht auf einmal mehr Gebühren. Eine gute Finanzplanung muss deshalb auch unvorhergesehene Ereignisse mitdenken. Wir legen also unser Geld nicht einfach auf die hohe Kante, sondern sorgen wie jeder normale Wirtschaftsbetrieb für eine gewisse Reserve, um notfalls handlungsfähig zu sein. Überschüsse sind also im Sinne des Gebührenzahlers, denn sie wirken gebührenmindernd. Doch davon erfährt der Spiegel-Leser nichts.

Und dabei hatte ich zum Jahresbeginn gedacht, dass doch allem Anfang ein Zauber innewohnt. Die deutsche Medienbranche hätte diesen Neuanfang zum neuen Jahr durchaus verdient gehabt. Denn das Jahr 2008 war geprägt von einem nervenaufreibenden Streit zwischen den deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen auf der einen und den öffentlich-rechtlichen Sendern auf der anderen Seite. Es ging um ein Gesetzeswerk namens „Rundfunkänderungsstaatsvertrag“ – und glauben Sie mir, das Gesetz selbst ist nicht weniger kompliziert als sein Name. Doch keine Angst, das wird hier jetzt keine juristische Vorlesung, schließlich soll wenigstens für Sie als Zuhörer das Jahr gut anfangen. Zum Verständnis dessen, was ich Ihnen heute Abend erläutern will, ist zunächst nur eins wichtig: Der Staatsvertrag, so etwas wie das

Grundgesetz für ARD und ZDF, wurde im Oktober 2008 verabschiedet und tritt nach der Bestätigung durch die Länderparlamente im Mai 2009 in Kraft. Alle Seiten sind ein bisschen unzufrieden damit – das ist vielleicht kein schlechtes Zeichen, weil es auf einen Kompromiss hindeutet.

Zumindest die öffentlich-rechtlichen Sender waren froh, als das Werk endlich unter Dach und Fach war. Denn vorher tobte ein echter Meinungskrieg auf den Medienseiten der Zeitungen. Die werden zwar weniger von den normalen Menschen, wohl aber von den Entscheidungsträgern in der Politik gelesen. Und da wurde ARD und ZDF vorgeworfen, für die „Enteignung der freien Presse“ verantwortlich zu sein. Statt Rundfunkgebühren heißt es dort nur noch „Zwangsgebühren“ – was ungefähr so sinnvoll ist, wie von einem „weißen Schimmel“ zu sprechen, denn das Wort „Gebühren“ setzt ja schon voraus, dass man zahlen *muss* – sonst hieße es ja „Spende“.

Und worum geht es nun in diesem Streit? Das ist schnell gesagt: Um die Zukunft des Journalismus in Deutschland. Sie wissen, dass wir in Deutschland schlechte Erfahrungen mit schlechtem Journalismus gemacht haben: In der Nazizeit waren Zeitungen gleichgeschaltet, kritischer Journalismus wurde mit dem Tod bestraft. Die Nazi haben das Radio hemmungslos für ihre Propaganda missbraucht, nicht umsonst wurde ein Volksempfänger der Zeit im Volksmund „Goebbels-Schnauze“ genannt. Nach dem Krieg und nach dem Ende der Nazidiktatur haben deshalb die westlichen Siegermächte in der jungen Bundesrepublik eine neue Form von Journalismus etabliert. Nach britischem Vorbild entstanden Nachrichtenmagazine wie der Spiegel. Radio und Fernsehen aber, diese Massenmedien des 20. Jahrhunderts, hielten die Alliierten für so wirkmächtig, dass sie diverse Sicherheitsmechanismen einbauten, um jeden Missbrauch zu verhindern. Dazu orientierten sie sich am Vorbild Großbritanniens, wo die öffentlich-rechtliche BBC schon seit 1922 ein Vorbild für alle Journalisten, egal in welchem Medium, ist. Die Nachkriegszeit also war die Geburtsstunde des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Den Sendern wurden strenge Kontrollen auferlegt, die Journalisten müssen sich für ihre Arbeit bis heute vor Aufsichtsgremien verantworten, in die alle gesellschaftlich wichtigen Gruppen ihre Vertreter entsenden: Unternehmerverbände ebenso wie Gewerkschaften, Kirchen ebenso wie politische Parteien, Umweltverbände oder der Landeselternbeirat. Sie alle zusam-

men sollen als Interessenvertreter der gesamten Gesellschaft darüber wachen, dass eine ausgewogene Berichterstattung stattfindet.

Und dieses Konzept hat der jungen Demokratie in Deutschland in Verbindung mit den hervorragenden Zeitungen und Zeitschriften, die wir haben, enorm geholfen. Von der Spiegel-Affäre bis Günther Guillaume, von den schwarzen Parteikassen bis zu zweifelhaften Beraterverträgen: Politiker mussten immer damit rechnen, dass ihre Fehler und Machenschaften nicht unbeobachtet blieben.

Ihnen ist vielleicht aufgefallen, dass ich die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender und die Zeitungen und Zeitschriften bisher in einem Atemzug genannt habe. Und das ist mir auch wichtig, denn ich glaube, **guter Journalismus und die Information, die er bietet, ist keine Ware, die durch Verknappung an Wert gewinnt.** Nein, guten Journalismus kann es gar nicht genug geben. Und wer als Bürger informiert sein will, der liest eben morgens die Zeitung und sieht abends die Tagesschau. In beiden Medien erhält er Informationen, erfährt er von Hintergründen, und am Ende kann er sich auf der Basis dieses Wissens seine eigene Meinung bilden.

Doch seit etwa zehn Jahren hält in den Alltag der Menschen ein neues Medium Einzug, durch das die Karten für uns alle neu gemischt werden: Das **Internet**, genauer gesagt das World Wide Web. Hier wachsen Text und Bild, Ton und Bewegtbild zusammen zu einem Multimedien. Das Internet hat das Zeug, alle anderen Medien in sich aufzunehmen – und das macht es so faszinierend. Ich kann online Bücher lesen oder eine Zeitung, kann Radio hören und Fernsehen, kann Karten spielen oder Sudoku-Aufgaben lösen.

Möglich wird das alles durch das, was die Experten **Digitalisierung** nennen. Das bedeutet – stark verkürzt: Die Verschmelzung bisher strikt getrennter Medien, Auflösung der Unterschiede von Sprache, Buchstaben, Zahlen, Audio und Video und stattdessen: Übersetzung in eine Universalsprache aus Nullen und Einsen. Deshalb ist ein Musikstück heute für uns technisch gesehen nichts anderes als ein Wortbeitrag im Hörfunk oder eine Dokumentation im Fernsehen: Es handelt sich stets um Päckchen von digitalen Informationen. Und im Internet ist das alles nur einen Klick weit entfernt. Information und Wissen spielen inzwischen eine so wichtige Rolle in unserer Lebenswirklichkeit, dass Forscher die Begriffe „Informationsgesellschaft“

oder „Wissensgesellschaft“ geprägt haben, um die Welt des 21. Jahrhunderts zu beschreiben.

60 Prozent der Deutschen sind inzwischen im Netz, jedes Jahr kommen weit mehr als eine Million hinzu. Der Zuwachs geht quer durch alle Altersgruppen: Auch Senioren nutzen zunehmend das Internet, um zum Beispiel mit ihren Enkeln in Kontakt zu bleiben. Wir sprechen vom „Silver Surfer“, dem Internetnutzer mit grauen Haaren. Besonders virtuos wird die neue Technik von der jungen Generation genutzt. Wer schon mal ein zehnjähriges Kind am Computer gesehen hat, wird mir zustimmen. Ein Studium ist ohne PC oder Laptop kaum noch denkbar. Die ehrwürdige Deutsche Forschungsgemeinschaft will mit „Forschungs-Filmtagebüchern“ in einem eigenen Internet-Fernsehsender namens „Science TV“ junge Menschen für Wissenschaft und Technik begeistern. Und so gilt auch für Radio- und Fernsehsender: Die jungen Leute sind das Publikum der Zukunft, und sie sind fast zu hundert Prozent im Netz. Aber sie benutzen dort nicht nur Google oder Ebay, sondern sie verwenden das Netz als Plattform für alle Medien: Einer aktuellen Studie zufolge hören in Deutschland 17 Prozent der 14- bis 29-Jährigen online Radio, das sind doppelt so viele wie beim Rest der Bevölkerung. Der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest hat Jugendliche gefragt, auf welches Mediengerät sie am ehesten verzichten können. Dabei nennen inzwischen mehr Jugendliche den Fernseher als den Computer. **Der Fernseher ist verzichtbarer als der Computer, der Computer ist wichtiger als der Fernseher: Das ist die digitale Welt!**

Aber diese Antwort ist eigentlich ganz logisch, denn mit dem Computer, oder dem iPod, dem tragbaren Musik- oder Videospieler, bekomme ich Fernsehen und Radio gleich mit dazu.

Ich erhalte damit zum Beispiel beim Thema „Wirtschaft“ den Beitrag von „SWR4 Radio Tübingen“, wie sich Unternehmer in der Region auf die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise vorbereiten. Und gleichzeitig erhalte ich den Tagesschau-Beitrag über die Beschlüsse des Bundestags in Sachen Mindestlohn. Erst durch diese Verbindung von regionaler und bundespolitischer Berichterstattung erhält der Nutzer das *ganze* Bild.

Die Digitalisierung und das Internet verbinden verschiedenste Inhalte. Sie sorgen aber auch für ein scheinbar gleichberechtigtes Nebeneinander von Informationen höchst unterschiedlicher Qualität. Da steht der kluge Vergleich zwischen deutschem und amerikanischem Wirtschaftssystem neben Werbung für fragwürdige Geldanlagen. Deshalb braucht es gerade im Internet journalistische Kompetenz, die den Schund aussortiert und die Fülle an Information so lange filtert, bis das Wesentliche übrig bleibt. Eine Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger, und deshalb verstehe ich den SWR als Dienstleister, als Dienstleister für die Wissensgesellschaft.

Einem Handwerksmeister oder Unternehmer brauche ich hier nicht zu erklären, wie wichtig Maschinen und Computer für unseren Alltag geworden sind. Doch Berichterstattung durch Maschinen, also Journalismus ohne Journalisten, funktioniert nicht. Es braucht *Menschen* hinter den Medien. Menschen, die Fakten nicht nur weitergeben, sondern auch einordnen, gewichten, notfalls hinterfragen. Das zeichnet guten Journalismus aus. Millionen von Menschen schalten jeden Abend die „Tagesschau“ ein und verlassen sich auf diese 15 Minuten kompakte Information. Ohne Schnörkel und Show; reiner Inhalt. Doch das Erste Deutsche Fernsehen, das Sie – hoffentlich – unter dem Knöpfchen mit der „1“ auf der Fernbedienung gespeichert haben, ist inzwischen nur *ein* Weg unter vielen, die „Tagesschau“ zu sehen. Der SWR überträgt sie in seinem digitalen Radioprogramm SWR cont.ra als „Tagesschau zum Hören“ – und es zeigt sich, die Informationen erschließen sich sogar ohne die Fernsehbilder. Und natürlich ist die „Tagesschau“ längst auch im Internet: Da gibt es die ganze Sendung zu sehen, aber auch eine Kurzversion für das Handy und eine Textversion für alle, die sich keinen schnellen Onlinezugang leisten können. Das alles bereitzustellen, ist für uns nicht billig. Aber die Abrufzahlen zeigen uns: Das Publikum, das uns mit Gebühren finanziert, sucht uns im Netz. Deshalb ist es nur logisch, dass wir diese Gebühren auch dafür verwenden, dass wir im Netz präsent sind.

Doch Gebührengelder sind ein kostbares Gut. Keiner zahlt sie gerne, aber viele profitieren gerne von den Leistungen, die es dafür gibt. Bei 17 Euro und 98 Cent liegt die aktuelle **Rundfunkgebühr**. Das ist weniger, als ein Abonnement einer guten Zeitung kostet. Und Sie bekommen dafür eine ganze Menge: Vier SWR-Radioprogramme für verschiedene Altersgruppen und Musik-Geschmäcker. Das SWR Fernsehen mit Nachrichten und Beiträgen aus dem Land. Aber auch – über die Sendergemeinschaft

der ARD – die „Tagesschau“ als meistgesehene deutsche Nachrichtensendung. Das Erste Fernsehprogramm mit ausgezeichneten Dokumentationen, der Sportschau und mit Unterhaltungssendungen, bei denen man seinen Kindern nicht die Augen zuhalten muss. Dazu kommen natürlich die Programme des ZDF und des Deutschlandradios. Und unsere Kooperationsprogramme wie Arte, 3sat, der Kinderkanal und Phoenix. Diese Programme bündeln das, was auch in unseren sonstigen Programmen geboten wird, nach Themen, sozusagen maßgeschneidert für Zuschauer mit besonderen Interessen. Außerdem unsere Online-Angebote, die auch dann aktuell informieren, wenn gerade keine Nachrichten im Radio oder Fernsehen laufen. Dafür dürfen wir übrigens noch nicht einmal ein Prozent der Gebühren ausgeben. Das geht natürlich nur, weil wir unsere vorhandenen Beiträge für Radio und Fernsehen verwenden, um sie auch Online als Text und Bild oder als Audio- und Videoclip zu verbreiten. Wir sprechen von einer „mehrfachen Ausspielung“, das ist ein anderes Wort für: „Wir bieten Ihnen das Maximum an Nutzwert für Ihre Gebühren“. Deshalb ist es auch Unsinn, wenn manchmal von einer Expansion der öffentlich-rechtlichen Sender im Internet die Rede ist: Wir bekommen für Online nicht mehr Geld, nur weil wir das so wollen. Die Gelder fürs Internet müssen wir an anderer Stelle einsparen, zum Beispiel weil wir inzwischen Beiträge auf Festplatte erstellen und deswegen weniger Videokassetten kaufen müssen. Unser Haushalt ist auf Kante genäht, denn, um es mit dem Titel eines SWR-Films zu sagen: „Die fetten Jahre sind vorbei.“ Man schaut uns auf die Finger, und das ist in Ordnung so.

Besonders die schon erwähnte **KEF**, die „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs“, prüft sehr kritisch, wie viel Gebühren tatsächlich nötig sind. Die KEF ist ein unabhängiges Expertengremium und besteht aus Vertretern der Landesrechnungshöfe, dazu Sachverständigen für Betriebswirtschaft und Medien. Und auch wenn die Gebühren nun gerade gestiegen sind: Die Summe bleibt nun wieder für vier Jahre gleich – das entspricht einer Erhöhung von 1,1 Prozent im Jahr, also deutlich unter der Inflationsrate.

Es wird nicht leicht sein, damit die besonderen Herausforderungen der nächsten Jahre zu bestehen. Bundeskanzlerin Merkel hat gerade in einer Rede von der besonderen Verantwortung gesprochen, die Medien in dieser Krisenzeit tragen. Wir müssen hochkomplexe Sachverhalte so erklären, dass sie auch der Zuschauer ohne Abitur

und betriebswirtschaftliches Studium versteht. Denn nur wer die Entwicklungen versteht, kann sie auch einschätzen und zum Beispiel in diesem Superwahljahr an der Urne eine informierte Entscheidung treffen, wem er seine Stimme gibt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Besonderen und das duale Mediensystem in Deutschland im Allgemeinen ist ein **kultureller Wert**, den niemand leichtfertig über Bord werfen sollte – und nicht zuletzt auch ein wichtiger Standortfaktor in einer globalen Welt, in der auch die sogenannten weichen Faktoren eine immer größere Rolle spielen.

Deshalb bin ich überzeugt, dass gerade im Internet und für junge Menschen guter Journalismus eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen hat. Besonders in dieser Krisenzeit, in der viele junge Menschen noch weniger als in den vergangenen Jahren eine Perspektive haben, eine Lehrstelle oder eine klare Vorstellung ihrer Zukunft. Wir brauchen also eher mehr guten Journalismus als weniger. Und doch sehen gerade die Zeitungen, die Print-Medien, ihre herkömmlichen Einnahmequellen in Gefahr. Unternehmen in Geldnot schalten keine Anzeigen mehr, und wer als Arbeitnehmer sparen muss, fängt womöglich beim Verzicht auf das Zeitungsabo an. Die Zeitungen sehen ihre Zukunft im Internet. Das Problem ist aber, dass dort die Konkurrenz groß ist, im Wortsinne „weltweit“. Deshalb glauben offenbar manche Vertreter der Zeitungsbranche, dass ein bisschen weniger Konkurrenz von Vorteil wäre – und haben es auf die Öffentlich-Rechtlichen abgesehen. Obwohl es zum Beispiel die Tagesschau schon seit 13 Jahren im Netz gibt, wird sie nun auf einmal in Frage gestellt. Ich dagegen sehe ARD, ZDF und die deutschen Qualitätszeitungen nicht als Gegner, sondern als Partner. In dieser komplexen Welt die Bürgerinnen und Bürger auf dem Laufenden zu halten, ist keine einfache Aufgabe. Je mehr Medien darauf hinarbeiten, desto besser. Wir können uns da hervorragend ergänzen. Es ist nicht unser *Ziel*, als Öffentlich-Rechtliche eine Konkurrenz für die Print-Medien zu sein. Aber wir können diese Situation auch nicht *verhindern*, wenn wir unserem *Auftrag* gerecht werden wollen. ARD und ZDF haben zum Beispiel nie kritisiert, dass immer mehr Zeitungen ihre Online-Angebote mit selbst produzierten Videoinhalten anreichern. Wenn Zeitungen Web-Fernsehen machen wollen und das dem Publikum nützt: Bitte sehr, willkommen auf unserem Spielfeld! Was aber nicht geht, ist umgekehrt den Öffentlich-Rechtlichen ihre Onlineangebote verbieten zu wollen. Ein bisschen Wettbewerb schadet nie, weil keine Seite sich auf ihren Lorbeeren ausruhen

kann. Und am Ende profitiert der Kunde, der ein besseres Produkt erhält, in diesem Fall also noch besseren Journalismus.

Das Bundesverfassungsgericht sieht im Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Grundfunktion in der demokratischen Gesellschaft – die der **Meinungsbildung**. Deshalb kann dieser Auftrag auch nicht an eine bestimmte technische Verbreitungsform oder Entwicklungsstufe des Mediensystems gebunden sein. Anders gesagt: Die öffentlich-rechtlichen Sender dürfen nicht von ihrer eigenen Zukunft ausgeschlossen werden. Öffentlich-rechtlicher Journalismus ist ein Prinzip, das sich immer das passende Gefäß sucht. Wenn wir die Informationsgesellschaft von morgen bauen, dann sicher nicht mit Stefan Raab und Mario Barth, sondern vielmehr mit Frank Plasberg, Tom Buhrow und auch Anne Will.

Und deshalb erhalten ARD und ZDF im aktuellen Rundfunkänderungsstaatsvertrag bewusst einen Auftrag, auch im Internet präsent zu sein und dort Information, Bildung und Unterhaltung anzubieten. Der Gesetzgeber will sicherstellen, dass es auch im Internet einen Journalismus gibt, der frei ist von politischen ebenso wie von wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Doch wie viele Bereiche unseres Lebens sind längst auch die Medien in den Fokus der Europäischen Kommission geraten. Brüssel steht auf der Seite der privaten Medienkonzerne und sieht den Rundfunk als reines Wirtschaftsgut. Deshalb müssen wir jetzt zum Beispiel bei allen unseren Onlineangeboten nachträglich prüfen, ob sie auch wirklich eine Daseinsberechtigung haben. Wohlgemerkt: Ein Angebot wie Tagesschau.de ist seit 13 Jahren online und wird täglich von Schülern für Referate genutzt, und der Familienvater informiert sich damit am Samstagnachmittag schnell über die Fußballergebnisse. Und jetzt wird geprüft, ob das auch wirklich sein darf. Natürlich mit erheblichem finanziellem Aufwand: Das Ergebnis sind langwierige Verfahren mit Expertenkommissionen und Wirtschaftsberatern. Bürokratische Monster, die vermeidbar wären.

Nun sind wir als ARD und ZDF zwar staatsfern, aber gesetzestreu und werden uns natürlich an die gesetzlichen Vorgaben halten. Sehr sinnvoll sind sie aber in man-

chen Punkten wirklich nicht. Die wirklichen Entscheidungsschlachten für einen guten Rundfunk finden längst anderswo statt.

Ich glaube nicht, dass die journalistische Qualität zu halten ist, wenn Medien nur noch oder in erster Linie als Wirtschaftsgut betrachtet würden, mit dem ausschließlichen oder jedenfalls vorrangigen Ziel, Geld zu verdienen. Das Bundesverfassungsgericht spricht von sog. „multimedialen Verwertungsketten“.

Bei uns dagegen geht es nicht um Verwertung, sondern um Versorgung, um Versorgung mit Inhalten. Wir legen großen Wert auf die Informationsangebote in unserem Programm. Und die Quote gibt uns dabei sogar noch Recht: SWR4 Baden-Württemberg ist das meistgehörte Landesprogramm mit täglich mehr als anderthalb Millionen Hörern. Unsere Radio-Programme insgesamt schalten täglich fast 7 Millionen Menschen ein. Wir betreiben in Baden-Württemberg acht Regionalstudios. Der SWR legt großen Wert auf seine Verwurzelung in der Region. Wir und die anderen Sender der Arbeitsgemeinschaft ARD sind die elektronischen Medienanbieter in Deutschland, die am breitesten in der Fläche der Bundesrepublik vertreten sind. Die Zeitungen und das öffentlich-rechtliche Angebot an Radio, Fernsehen und Online: Das sind in Deutschland die Medien, die die Region am besten abbilden.

Politische und gesellschaftliche Zusammenhänge sind hochkomplex. Umso wichtiger ist es unseren Journalisten, sie nachvollziehbar zu machen. Wir zeigen die Problematik des Datenschutzes an dem Beispiel, das Google derzeit ein Auto durch Baden-Württembergs Straßen fahren und Aufnahmen der Häuserfassaden machen lässt. So werden abstrakte Themen konkret zugänglich und damit verständlich. Davon profitiert der Zuschauer, und von einem informierten Zuschauer profitiert natürlich auch der Chef des Betriebs, in dem er arbeitet.

Regionaler Journalismus ist ein **Standortfaktor** in einem Land wie Deutschland. Wir haben zwar keine Erdgasfelder oder Diamantminen, aber wir haben das „Gold in den Köpfen“, wie es so schön heißt. Das Faxgerät: Eine deutsche Erfindung. Das berührungsempfindliche Display für das innovative iPhone-Handy: Ebenso. Das Musikformat MP3? Auch. Wir können den Dumpinglöhnen anderswo mit hochwertigen Ideen entgegen. Damit diese Ideen wachsen und gedeihen, braucht es Bildung als Be-

wässerung dieses Pflänzchens und Journalismus als seinen Dünger. Deshalb sind Bildung, Wissenschaft und Information Standortfaktoren für unser Land. Und natürlich gilt das erst recht in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Für diesen Standortfaktor Information steht der SWR.

Der Sender kann dabei auf eine journalistische Kompetenz zurückgreifen, die im Südwesten Deutschlands ihresgleichen sucht. Wir haben das dichteste Korrespondentennetz, wir haben vom Westerwald bis zum Bodensee kompetente Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die journalistisch fundiert und mit höchster Aktualität berichten: Aus der Region – für die Region. Bei vielen Fernseh- und Hörfunksendern, aber auch bei manchen überregionalen Tageszeitungen, spielt die flächendeckende Berichterstattung keine große Rolle mehr. Doch gerade das ist es, was die Menschen interessiert: Was passiert bei mir vor Ort, was betrifft mich und mein Lebensumfeld?

Wenn wir aber auch die junge Generation erreichen wollen, dann müssen wir auf all den medialen Plattformen präsent sein, wo sie nach Informationen sucht. Auch das ist Grundversorgung. Anders ausgedrückt: Nicht in den digitalen Medien, im Internet vertreten zu sein, hieße, eine ganze Generation auszuschließen. Und das wäre ein klarer Verstoß gegen unseren gesetzlichen Auftrag zur Grundversorgung.

Das heißt nicht, dass wir jeden Firlefanz mitmachen. Das wollen wir nicht, das könnten wir schon aus finanziellen Gründe nicht. Aber wir verschließen uns nicht der medialen Veränderung, sondern prüfen und sind offen für die Zukunft. Auch in fünf Jahren wird der Großteil der Zuschauer die „Tagesschau“ im Fernsehen einschalten. Das Fernsehen ist noch kein Auslaufmodell. Aber wer die „Tagesschau“ verpasst hat, der erwartet die wichtigste Nachrichtensendung des deutschen Fernsehens eben auch auf tagesschau.de oder auf seinem Handy. Der Mediennutzer von heute, erst recht der der Zukunft, will sehen oder hören, was er will, wann er es will, wo er es will. Wir sprechen von der zeit- und orts-souveränen Nutzung. Und je mehr Zuschauer unsere Programme sehen und hören können, je mehr von einer intensiven Rechercheleistung profitieren, desto besser.

Programminhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stammen aus unverdächtigter Quelle. Der SWR verfolgt keine kommerziellen Interessen. Wir machen nichts, nur

weil es „in“ ist, wir schalten kein Programm ab, nur weil es „out“ ist. Und wir wollen auch im Internet kein Geld verdienen. Unsere Programme haben Sie bereits bezahlt, das ist uns bewusst. Aber gerade weil Sie dafür zahlen, haben Sie auch Anspruch auf die Information. Im Radio, im Fernsehen, auf Ihrem Computer und auf Ihrem MP3-Spieler.

Diese Rolle des verlässlichen Informationsanbieters wird umso wichtiger in der Medienwelt der Zukunft. Denn mit der Fülle der Informationen wächst auch der Datenmüll. Wer gelegentlich im Internet surft, weiß das. Immer mehr unerwünschte Spam-Mails, betrügerische Websites, zwielichtige Diskussionsforen. Sich im digitalen Dschungel zurechtzufinden, ist nicht einfach.

Aber auch außerhalb des Internet erleben wir seit Jahren eine Medienentwicklung, wo sich immer mehr Menschen in erster Linie dafür interessieren, wer bei einer Castingshow gerade zum „Depp des Tages“ gekürt wird oder sich im australischen Dschungel zu einem solchen macht, und, weil er nicht so medienerfahren ist wie die Juroren, von der Berichterstattungsmaschine erst wieder ausgespuckt wird, wenn seine Privatsphäre zerstört ist und sein Selbstwertgefühl auf Bodennähe gesunken ist.

Hier gilt es, einer Unkultur der totalen und grenzenlosen Unterhaltung Einhalt zu gebieten. Denn am Ende steht auch die Entpolitisierung der Menschen. Wir erleben in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung eine Phase, in der die Zusammenhänge immer komplexer werden. Das Thema Globalisierung zum Beispiel stellt den Einzelnen vor große Herausforderungen. Der Umbau einer Firma zum Global Player kann für die Mitarbeiter zur schmerzhaften Erfahrung werden. Hier besteht Erklärungsbedarf: Was ist Globalisierung? Ist sie gut oder schlecht? Wie kann ich mich darauf vorbereiten? Was sind Heuschrecken? Ist wirklich „Brüssel an allem schuld“, wie es so oft heißt? Wie kam es zur aktuellen globalen Krise der Finanzmärkte? Dazu braucht es einen Erklärer, der keine pauschalen Urteile liefert wie die Zeitung mit den großen Buchstaben, sondern der differenziert, aber verständlich erläutert. Ein Medium, einen „Vermittler“ zwischen den handelnden Politikern und der Bevölkerung. Für die privaten Medienanbieter ist dies kein vordringliches Geschäftsinteresse. Für die Öffentlich-Rechtlichen ist es essentieller Auftrag.

Denn: Eine gut gebildete Informations-Elite wird es immer geben. Doch was ist mit dem großen Rest? Lassen Sie mich mit einer Betrachtung der Medienentwicklung der letzten 30 Jahre von Rolf Schmidt-Holtz antworten, früher Chefredakteur des STERN, heute in verantwortlicher Funktion bei Sony, also mit uns weder verwandt noch verschwägert:

„Es kann kein Zufall sein, dass sich der Triumph des TV-Trashes zeitlich dem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen, dem Verfall der Familien und des Bildungssystems und der sich daraus ergebenden Orientierungslosigkeit und Zerstreungssucht zuordnen lässt. So spiegelt sich in den Medien die zunehmende Aufteilung der Gesellschaft in Teilhabende und Wissende auf der einen und in Außenstehende, Unwissende oder Nicht-Wissen-Wollende auf der anderen Seite wider. Was das für eine Gesellschaft bedeutet, die nur einen Rohstoff hat, nämlich Wissen, kann sich jeder ausmalen.“

Besser hätte man nicht formulieren können, dass diese Gesellschaft auf uns Öffentlich-Rechtliche im eigenen Interesse nicht verzichten kann, wenn man es nicht sehenden Auges zur Spaltung unserer Gesellschaft kommen lassen will.

Um unseren Programmauftrag zu erfüllen, müssen wir aber Massenmedium bleiben. Nur wer uns gerne sieht, sieht uns auch häufig. Ein reines Informationsprogramm im Fernsehen, wie es manche Kritiker fordern: Schauen Sie sich so was täglich an? Damit gewinnen wir die Masse der Zuschauer nicht. Nein, die wollen auch mal gut unterhalten werden. Dafür braucht es den Tatort, dafür braucht es das Fußball-Länderspiel. Denn wer das Spiel sieht, der bekommt dann eben in der Halbzeitpause auch eine kurze, knackige Ausgabe der Tagesthemen. Wer unsere erfolgreichen Radioprogramme wegen der guten Musik hört, den informieren wir zwischen den Titeln mit sorgfältig recherchierten Beiträgen in verständlicher, moderner Sprache. So funktioniert guter öffentlich-rechtlicher Rundfunk. So bleibt er gesellschaftlich wertvoll und damit der positive Standortfaktor, um den uns andere in Europa und in der Welt beneiden.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen deutlich machen, dass sich das Gebührene zahlen in Deutschland lohnt. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind sicher nicht die „Volkshochschule der Nation“, wie es manchmal gefordert wird. Das wäre Anmaßung, denn es gibt sehr gute „echte“ Volkshochschulen allerorten in Deutschland. Aber wir sind eine **Infrastrukturleistung der Wissensgesellschaft** und darin vergleichbar einer Bibliothek, einer Schule oder einer Hochschule. Auch eine Universität kann ihre Arbeit nur aufrecht erhalten, wenn alle dafür zahlen – in diesem Fall mit ihren Steuergeldern. Aber diese Investition lohnt sich. Denn es ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist staatsfern – und das muss auch so bleiben. Aber er ist über die Rundfunkgebühr von allen solidarfinanziert – und auch das sollte so bleiben. „Schwarz-Sehen“ sollte kein Volkssport werden, denn damit verhält es sich wie mit dem Busfahren: Wer schwarz fährt, macht die Tickets für diejenigen teurer, die ehrlich zahlen. Wir könnten die Rundfunkgebühr sofort um 10 Prozent senken, wenn alle ihre Geräte anmelden würden.

In jedem Fall hoffe ich, dass ich Ihnen vermitteln konnte, warum Rundfunkgebühren ihr Geld wert sind. Ich wollte Ihnen erläutern, dass wir sparsam mit den Geldern umgehen – und mit Weitblick. Denn wir wissen selbst am besten: Wenn wir keine Qualität liefern, machen wir uns selbst überflüssig.

Ich glaube aber, ARD, ZDF und Co. haben auch in der Welt von Google und Yahoo, von iPod und Facebook ihre Daseinsberechtigung. Unser Anspruch ist hoch: Wir wollen mit der ARD weiter die besten Informationen über Deutschland und die Welt liefern. Wir wollen als SWR auch in Zukunft das Informationsleitmedium im Südwesten sein. Nur wenn uns das gelingt, sind wir unser Geld wert. Mit Blick auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bin mir sicher: Wir können den Anspruch erfüllen. Nehmen Sie uns beim Wort. Schalten Sie uns ein, klicken Sie uns an. Das ist gut für uns – aber auch gut für Sie!